



Presseschau vom 06.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren. In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt. Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur. Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Nachdenken über die Pressefreiheit: Aufgabe von Journalisten ist es nicht, Kriege zu gewinnen

Zum Internationalen Tag der Pressefreiheit würdigte Deutschland in diesem Jahr ein Land, das auf diesem Gebiet nachweislich großen Nachholbedarf hat – die Ukraine. Liebling der Medien war Botschafter Andrij Melnyk. Dabei führt der sich auf wie ein von Washington, D.C. entsandter Vize-König, der die Deutschen auf Trapp gegen die Russen bringen soll. ...

<https://kurz.rt.com/2y8g> bzw. [hier](#)

Sergei Aksjonow: Das symbolhafte Phänomen der Roten Fahne

Beharrlich, langsam, aber sicher bewegen sich die russische Armee und ihre Avantgarde – die Armeen der Volksrepubliken – im Donbass, um das Territorium der Ukraine von den militärischen Formationen des Nazismus zu befreien. Eine Fahne aus dem Großen Vaterländischen Krieg erlangte dabei unbeabsichtigt durch ihre Hüterin einen wahren Kultstatus. ...

<https://kurz.rt.com/2y8l> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: Nach Indizien für hohe Untererfassung: Bundesinstitut entfernt Daten zu Corona-Impfschäden

Nachdem eine Charité-Studie eine massive Untererfassung schwerer Impfkomplicationen aufgezeigt hatte, ließ das Paul-Ehrlich-Institut diese Fälle aus seinem Bericht verschwinden. Auch wichtige Angaben zu Kindern fehlen. Brisant: Babys können offenbar über Muttermilch und Plazenta geschädigt werden. ...

<https://kurz.rt.com/2ybi> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:57 (18:57) deu.belta.by: Lukaschenko: Die Situation rund um Belarus verschärft sich in letzter Zeit

Die Situation rund um Belarus hat sich in letzter Zeit drastisch verschärft. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Associated Press.

Der britische Journalist erwähnte, dass am 4. Mai in Belarus eine ungeplante Inspektion der belarussischen Streitkräfte begonnen wurde. Auf die Frage, ob diese Überprüfung mit den Ereignissen in der Ukraine zusammenhänge, erwiderte der Staatschef: „Ich weiß nicht, warum Sie gerade diesen Aspekt hervorheben. Das hat weniger mit der Sonderoperation in der Ukraine zu tun, vielmehr aber mit den Aktivitäten der NATO-Truppen in Polen und in den baltischen Staaten sowie mit der Eskalation der Lage rund um Belarus. In letzter Zeit hat sich die Situation besonders verschärft, würde ich sagen. Und natürlich müssen die Streitkräfte, das sage ich Ihnen ganz offen, darauf reagieren.“

Der Präsident machte darauf aufmerksam, dass die NATO ihre Übungen in Polen und in den baltischen Staaten früher begonnen hat. Die Allianz wollte aber niemanden darüber informieren.

„Wir haben genug Möglichkeiten, um uns darüber zu informieren. Natürlich wussten wir darüber, dass die NATO in der Nähe unserer Grenzen militärische Übungen durchführt. Wir haben gesehen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich und die Länder der NATO-Allianz ihre Truppen an unsere Grenze verlegten. Vor einigen Jahren gab es dort rund 3.000 Soldaten, heute sind es 32.000. Wie können wir denn sonst darauf

reagieren...“

Alexander Lukaschenko wies auch darauf hin, dass angesichts der Ereignisse in der Ukraine die belarussische Armee im Süden des Landes bestimmte Manöver durchführt. „Wir wollen unsere Südgrenze vor allen möglichen Missverständnissen schützen. Ich denke, wir werden nicht nur im Süden, sondern auch im Westen von Belarus allerlei Missverständnisse vermeiden können“, resümierte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1651769878_60583_big.jpg

19:39 de.rt.com: **Lawrow: Russland strebt gutnachbarliche Beziehungen zu zentralasiatischen Ländern an**

Laut Außenminister Sergei Lawrow bemüht sich Russland um gutnachbarliche und konstruktive Beziehungen zu allen Staaten, vor allem aber zu seinen Nachbarn in Zentralasien. Er sieht die Dynamik in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern als positiv an.

In seinem [Artikel](#) für die Zeitung Rossijskaja Gaseta anlässlich des 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Zentralasiens hat Sergei Lawrow den aktuellen Stand der Beziehungen Russlands zu seinen nächsten Nachbarn Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan erörtert. Dabei zog der russische Chefdiplomat eine positive Bilanz, indem er sagte:

"Wie jedes verantwortungsbewusste Mitglied der internationalen Gemeinschaft ist Russland an einem wohlwollenden äußeren Umfeld und der Aufrechterhaltung guter Nachbarschaft und konstruktiver Zusammenarbeit mit allen, vor allem aber mit den Nachbar- und Anrainerstaaten, interessiert. In dieser Hinsicht können wir uns nur freuen, dass wir mit allen zentralasiatischen Ländern strategische Partnerschaften und mit den meisten von ihnen Bündnisbeziehungen unterhalten."

Darüber hinaus machte Lawrow darauf aufmerksam, dass sich die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den zentralasiatischen Ländern ungeachtet "der schwankenden geopolitischen Konjunktur" dynamisch entwickelten. Der Außenminister betonte:

"Der Handelsumsatz mit praktisch allen Staaten der Region wächst."

Neben Rohstoffen gehörten ihm zufolge Industrie- und Landwirtschaftsgüter, chemische Produkte, Petrochemikalien, Pharmazeutika sowie Metallurgie-, Automobil- und Maschinenbau-Produktion zu den wichtigsten Handelsgütern.

Die attraktiven Marktbedingungen lockten außerdem russische Investitionen in Milliardenhöhe in die Region, fügte Lawrow hinzu. Er sagte:

"Allein im Zeitraum zwischen 2010 und 2021 beläuft sich das Volumen der kumulierten russischen Investitionen auf rund 30,5 Milliarden US-Dollar. Mehr als 10.000 russische Unternehmen und Joint Ventures sind in den zentralasiatischen Ländern tätig und schaffen 900.000 Arbeitsplätze."

Der russische Außenminister setzte seine Hoffnungen darauf, die beiderseitig vorteilhafte Partnerschaft mit den Ländern der Region in Zukunft noch mehr zu erweitern und zu vertiefen. In diesem Zusammenhang sprach er von einem "großen Potenzial".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273d78cb480cc196b50170a.jpg>

19:40 de.rt.com: **WHO beschließt möglicherweise Schließung ihres Büros in Moskau**

Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf ihr vorliegende Dokumente berichtet, zieht die Weltgesundheitsorganisation WHO in Betracht, das in Moskau ansässige Europäische WHO-Büro für die Prävention und Kontrolle nichtübertragbarer Krankheiten zu schließen. Nach Angaben dreier diplomatischer und politischer Quellen sieht die vorgeschlagene Resolution, die am 10. Mai erörtert werden soll, keine härteren Sanktionen gegen Russland vor, wie etwa die Suspendierung des Landes vom WHO-Vorstand und das Einfrieren seiner Stimmrechte. Allerdings wird in der Resolution eine mögliche Aussetzung von WHO-bezogenen Tagungen in Russland gefordert.

Der Entwurf wurde auf ein Ersuchen der Ukraine hin ausgearbeitet, das von mindestens 38 anderen WHO-Mitgliedern unterzeichnet wurde, darunter die Türkei, Frankreich und Deutschland. In der Resolution wird jedoch nicht vorgeschlagen, das WHO-Länderbüro zu schließen, das sich ebenfalls in Moskau befindet.

Ein Sprecher der WHO Europa bestätigte Reuters, dass ein Resolutionsentwurf, der noch nicht offiziell veröffentlicht wurde, am 10. Mai diskutiert werden soll. Er sagte, er erwarte, dass Russland an der Sitzung teilnehmen werde. Russland hat sich bisher noch nicht zu der Angelegenheit geäußert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6273fc2048fbef188557ba9d.jpg>

19:53 de.rt.com: **Vučić zu Besuch in Berlin: Serbiens Lage wegen Kosovo-Frage "sehr schwierig"**

Serbiens Präsident Vučić besucht Berlin. Zu Hause war er zuletzt von Vertretern westlicher Staaten und prowestlichen serbischen Politikern unter Druck gesetzt worden, einen Bruch mit Russland zu vollziehen. Vučić sieht Belgrad aktuell in einer "schwierigen" Position – auch wegen der Kosovo-Frage.

Sein Land sei kein "russisches U-Boot" und "keine Marionette", sondern ein "souveräner unabhängiger Staat, der auf seinem EU-Pfad ist", erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vučić in einem Interview mit dem Handelsblatt. Der 52-Jährige war zu Besuch in Deutschland und kam unter anderem mit Bundeskanzler Olaf Scholz zusammen. Schon seit Wochen muss sich Serbien Kritik anhören, keine Sanktionen gegen Moskau im Zuge der russischen Militäroperation in der Ukraine verhängt zu haben.

Wie schon mehrmals in den vergangenen Tagen, wiederholte Vučić auch in diesem Interview, dass Belgrad "nicht an die Politik von Sanktionen" glaube. Schließlich sei man selbst "jahrzehntelang Opfer von Sanktionen" gewesen. Den Angriff auf die Ukraine betrachte Serbien aber als einen "Bruch des Völkerrechts". Vučić fügte hinzu:

"Vergessen Sie nicht: Wir wurden 1999 von der NATO völkerrechtswidrig und ohne UN-Mandat angegriffen und haben sehr gelitten. Serbien hat sich auch deshalb den beiden UN-Resolutionen angeschlossen und den Krieg in der Ukraine verurteilt."

In den vergangenen Wochen war der Druck auf das Balkanland immer größer geworden. Vor allem aus Washington und Brüssel hieß es, wenn Serbien zur EU gehören wolle, müsse es seine Außenpolitik auch jener der EU angleichen. Das würde auch heißen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Doch Belgrad hat dies bislang nicht getan – aus "unseren eigenen Interessen", wie es Vučić mehrmals betont hatte. Gegenüber dem Handelsblatt erklärte er, dass man ja auch "noch nicht Teil der EU" sei – "leider".

In Serbien hatten auch prowestliche Politiker im Land, unterstützt durch Aussagen von Diplomaten westlicher Länder, von dem serbischen Präsidenten tagtäglich verlangt, jetzt, im Zuge des Ukraine-Krieges, die Schaukelpolitik zwischen Ost und West endlich zu beenden; gar einen sofortigen Bruch mit Moskau zu vollziehen.

In Berlin wurde Vučić dann nicht so ausdrücklich mit Fragen nach Russland-Sanktionen konfrontiert, sehr wohl aber mit einer anderen – der Kosovo-Frage. Denn der serbische Präsident war nicht alleine in Berlin. Der Premierminister der abtrünnigen serbischen Provinz, deren selbst ausgerufene Unabhängigkeit Serbien bislang nicht anerkennt, war ebenfalls in der deutschen Hauptstadt zu Gast. Albin Kurti und Vučić kamen dann auch mit dem EU-Sondergesandten für die Kosovo-Frage, Miroslav Lajčák, zusammen. Er soll den sogenannten Brüsseler Dialog zwischen Serbien und Kosovo vermitteln, der zu einer "Normalisierung" der Verhältnisse führen soll.

Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Kosovos an, und Scholz hat dies gegenüber dem serbischen Präsidenten nochmals deutlich betont. Gegenüber serbischen Medien beschrieb Vučić die serbische Position diesbezüglich als "sehr schwierig".

Am Freitag will sich Vučić mit einer Grundsatzrede an das serbische Volk wenden. Ob der Präsident eine Neuausrichtung der Außenpolitik seines Landes verkündet, bleibt abzuwarten. Laut Umfragen sind mehr als 75 Prozent der Serben gegen Sanktionen gegen Russland. Zudem bezieht Serbien rund 90 Prozent seines Gases von Gazprom zu Vorzugspreisen. Im Falle von Strafmaßnahmen könnte das Land schwerwiegende wirtschaftliche Nachteile erleiden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273c508b480cc1e4875592e.jpg>

21:24 (20:24) belta.by: **Von Oktoberkindern zu Pionieren: Am 7. Mai findet in Minsk die Aktion „Wir sind stolz auf unser Vaterland“ statt**

Die Kinder- und Jugendaktion „Wir sind stolz auf unser Vaterland“ findet am 7. Mai in Minsk statt, erfuhr BelTA aus dem Pressedienst Minsker Stadtverwaltung.

An diesem Tag, wird den Oktoberkindern der Hauptstadt das Recht verliehen, Pioniere zu werden, und 30 der besten Vertreter der Jugend der Hauptstadt werden Mitgliedsausweise der öffentlichen Vereinigung „Belarussischer Republikanischer Jugendverband (BRSM)“ verliehen. Mehr als 250 Mitglieder der Chöre von Bildungseinrichtungen in Minsk werden die Nationalhymne der Republik Belarus vor dem Hintergrund einer 12 Meter hohen Staatsflagge aufführen.

"In einer einzigen Formation, Veteranen und Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges, die Gedenkabteilung des Postens Nr. 1 der Heldenstadt Minsk, die kombinierten Pioniertrupps der Pionierorganisation der Stadt Minsk, die kombinierte Einheit des Belarussischen Republikanischen Jugendverbands und die Stadtführung werden eine patriotische Aktion durchführen und stolz den hohen Rang eines Bürgers unseres Landes hervorheben", stellte der Pressedienst der Stadtverwaltung fest.

An der Aktion nehmen der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Stadt Minsk, Wladimir Kucharew, der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees der Stadt Minsk, Artjom Tsuran, der Vorsitzende der Organisation der Stadt Minsk der Belarussischen öffentlichen Vereinigung der Veteranen, Anatoli Adonjew, der Erste Sekretär des Minsker Stadtkomitees des BRSM, Roman Bondaruk, das Exekutivkomitees für Bildung der Stadt Minsk und kombinierte Pioniertrupps der Minsker Bezirke teil.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000023_1651775759_499981_big.jpg

20:35 de.rt.com: **Wladimir Putin und Naftali Bennett besprechen Lage in der Ukraine**

In einem Telefongespräch haben sich der russische Präsident Wladimir Putin und der israelische Premierminister Naftali Bennett über die aktuelle Situation in der Ukraine ausgetauscht. Unter anderem erörterten die beiden Politiker die Evakuierung von Zivilisten aus Mariupol.

Am Donnerstag hat ein Telefonat zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem israelischen Regierungschef Naftali Bennett stattgefunden. Wie aus einer Presseerklärung auf der Website des Kremls verlautete, widmeten sich die Gesprächspartner insbesondere den aktuellen Entwicklungen in der Ukraine. Dabei gingen die beiden Staatsoberhäupter besonders auf humanitäre Aspekte der Ukraine-Krise ein, so etwa auch auf die Möglichkeiten der Evakuierung von Zivilisten aus dem von russischen Truppen belagerten metallurgischen Kombinat "Asowstal" in Mariupol.

Der russische Staatschef betonte, das russische Militär sei auch weiterhin unverändert bereit, der Zivilbevölkerung einen sicheren Ausgang zu ermöglichen. Die Militärs betreffend fügte Putin der Mitteilung zufolge hinzu:

"Was die in 'Asowstal' verbleibenden Kämpfer betrifft, so sollten die Kiewer Behörden ihnen befehlen, die Waffen niederzulegen."

Im Vorfeld des bevorstehenden "Tages des Sieges" in Russland betonten die beiden Seiten die besondere Bedeutung des 9. Mai für die beiden Völker Russlands wie auch Israels, die dabei das Andenken an alle Gefallenen einschließlich der Opfer des Holocaust ehren, und bekundeten ihr Interesse am weiteren Ausbau ihrer freundschaftlichen Beziehungen. Bennett hob zudem den entscheidenden Beitrag der Roten Armee zum Sieg über den "Nationalsozialismus" im Zweiten Weltkrieg hervor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273f117b480cc15b13c9637.jpg>

20:35 de.rt.com: **Erster Stab russischer freiwilliger humanitärer Helfer im Donbass eröffnet**

Das erste Hauptquartier der gesamtrussischen Kampagne für gegenseitige Hilfe "My wmeste" (dt.: "Wir sind zusammen") hat seine Arbeit in Donezk aufgenommen. Dies [gibt](#) die russische Nachrichtenagentur TASS mit Verweis auf den Pressedienst der gleichnamigen Freiwilligenbewegung bekannt. Der erste stellvertretende Leiter der russischen Präsidialverwaltung Sergei Kirijenko nahm an der Eröffnung teil. Die Aufgaben des Stabs werden folgendermaßen umrissen:

"Auf der Grundlage des Hauptquartiers werden die Freiwilligen koordiniert, der Weg humanitärer Hilfslieferungen koordiniert und soziale Projekte von Russland aus auf dem

Gebiet des Donbass gestartet. Als Freiwilliger melden kann man sich auf der Plattform Dobro.rf. Der Stab von 'Wir sind zusammen' wird zu einem Zentrum für humanitäre Hilfsleistungen an die Bewohner des Donbass werden."

Zu den Hauptaufgaben der Freiwilligen im Hauptquartier gehören das Sammeln, Sortieren und Ausliefern von humanitärer Hilfe, psychologischer und rechtlicher Beistand, Hilfe für verwundete Flüchtlinge und Soldaten sowie Hilfe für Sanitäter in medizinischen Einrichtungen. Die Freiwilligen werden zudem Pakete aus befreundeten Ländern verteilen beziehungsweise ausliefern, auf Anfragen hin nach nahen Verwandten suchen, Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen organisieren, soziale und zivilgesellschaftliche Projekte ins Leben rufen und Blutspenden organisieren. Und schließlich gehören zu ihren Aufgaben auch Schulungen und Meisterkurse über Freiwilligenarbeit und Wohltätigkeit sowie die Organisation von Freizeitaktivitäten für Kinder.

Kirijenko zufolge besteht das allgemeine Ziel des neuen Hauptquartiers der humanitären Helfer darin, den Bewohnern des Donbass ein friedliches Leben zurückzugeben, "das es hier acht Jahre schon nicht mehr gegeben hat":

"In diesem Sinne kann die Rolle der Freiwilligengemeinschaft kaum überschätzt werden. Die Mitarbeiter aus Russland werden sich gemeinsam mit ihren gleichgesinnten Kollegen von hier mit vorrangigen humanitären Fragen, der Wiederherstellung von Infrastruktureinrichtungen und der Unterstützung der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen befassen. "

Die entsprechende materielle Unterstützung und Unterstützung mit Personalressourcen für diese Arbeit wird von Rosmolodjosch (Föderale Agentur für Angelegenheiten der Jugend) und dem Verband der Freiwilligenzentren Russlands geleistet, so Kirijenko.

21:05 de.rt.com: **Scholz kündigt Baerbock-Reise in die Ukraine an**

Nach wochenlangen "Verstimmungen" zwischen Deutschland und der Ukraine soll Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) "demnächst" in die Ukraine reisen. Dies kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Donnerstagabend bei einer Pressekonferenz mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Petr Fiala in Berlin an. Wenige Stunden zuvor hatte der in Kiew bis vor Kurzem noch "unerwünschte" Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij telefoniert. Scholz sagte, dies sei eine "gute Sache". Zu eigenen Reiseplänen äußerte er sich jedoch nicht. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hatte unterdessen für Sonntag ebenfalls eine Reise in die Ukraine angekündigt. Seit Beginn des Ukraine-Krieges war der Kanzler nicht mehr in Kiew gewesen und wurde dafür von Medienvertretern und Bundestagsabgeordneten scharf kritisiert. Zuvor hatte es Irritationen und Streitigkeiten gegeben, nachdem die ukrainische Regierung einen Besuch Steinmeiers Mitte April vorerst abgelehnt hatte. Scholz hatte aufgrund dieses Affronts zunächst erklärt, vorerst nicht in die Ukraine reisen zu wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274104fb480cc15b13c964e.jpg>

23:00 de.rt.com: **Biden telefoniert mit Scholz über weiteres Vorgehen gegen Russland**

US-Präsident Joe Biden hat am Donnerstag erneut mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) über das weitere Vorgehen gegen Russland vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine beraten. Das teilten Regierungssprecher Steffen Hebestreit in Berlin und das Weiße Haus in Washington nach dem Telefonat mit. Biden hatte am Mittwoch angekündigt, in den kommenden Tagen mit den G7-Partnern über weitere Sanktionen gegen Moskau zu sprechen. Hebestreit zufolge sprachen Scholz und Biden über die militärische Lage und die weitere Unterstützung für die Ukraine. Nach Angaben der deutschen Regierung betonten beide, dass sie keine Schritte anerkennen werden, die "der territorialen Souveränität und Integrität der Ukraine" zuwiderlaufen. Zur Siebenergruppe (G7) führender demokratischer Industrienationen gehören die NATO-Staaten USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland sowie Japan. Deutschland hat derzeit die G7-Präsidentschaft inne und richtet Ende Juni in Bayern den nächsten Gipfel aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627421ecb480cc331371d1ff.jpg>

vormittags:

6:45 de.rt.com: **US-Truppen trainieren ukrainische Soldaten auch auf ehemaligem Wehrmachts-Übungsgelände**

Die USA bilden ukrainische Truppen auf einem Militärübungsplatz in Deutschland aus. Insgesamt seien innerhalb der vergangenen sieben Jahre über 20.000 ukrainische Soldaten als Vorbereitung auf einen Konflikt mit Russland ausgebildet worden, erklärt ein US-General. Die USA trainieren ukrainische Truppen im Umgang mit dem von der NATO gelieferten Militärgerät, darunter Haubitzen und Drohnen, auf dem US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr in Süddeutschland. In einem vom US-Verteidigungsministerium am Mittwoch veröffentlichten Interview bestätigte der Brigadegeneral Joseph Hilbert die bisherigen Meldungen, wonach ukrainische Soldaten durch Angehörige der Nationalgarde Floridas an den neuen Haubitzen vom Typ M777 ausgebildet würden. Die Geschütze wurden im Rahmen der US-Militärhilfe an Kiew übergeben. Nach Hilberts Angaben hätten 170 ukrainische Soldaten die Ausbildung bereits abgeschlossen und wären in die Ukraine zurückgekehrt, während weitere 50 bis 60 kurz vor dem Abschluss stünden. Der General bezeichnete die ukrainischen Soldaten in Deutschland als "absolut motiviert und unglaublich professionell" und gab sich mit den Ergebnissen der Ausbildung zufrieden:

"Sie verstehen jetzt, wie man [die Geschütze] so effektiv wie möglich im Rahmen ihrer eigenen Taktik und Doktrin betreibt und einsetzt."

Der in der bayerischen Oberpfalz gelegene Truppenübungsplatz Grafenwöhr war bereits von Bayern vor dem Ersten Weltkrieg eingerichtet worden. Im Rahmen der Aufrüstung der Wehrmacht durch das Nazi-Regime wurde der ursprünglich kleine Schießplatz im Jahr 1938 zu einem großen Truppenübungsgelände ausgeweitet, wobei über 3.500 lokale Bewohner zwangsumgesiedelt wurden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1945 übernahm das US-amerikanische Militär den Truppenübungsplatz und nutzt es seitdem als solchen weiter.

Nach Hilberts Angaben hätten die USA in den vergangenen sieben Jahren insgesamt etwa 126 Millionen US-Dollar für die Ausbildung ukrainischer Truppen ausgegeben und speziell dafür einen Truppenübungsplatz im Westen der Ukraine eingerichtet. Bis zum Januar 2022 seien bereits etwa 23.000 Soldaten in der Ukraine ausgebildet worden. Ukrainische Truppen hätten außerdem an "über einem Dutzend" groß angelegten Militärübungen gemeinsam mit US-Streitkräften in Deutschland teilgenommen. Dabei hätten sich insbesondere die Ukrainer das Training "zu Herzen" genommen und mit US-amerikanischer Hilfe ein schlagkräftiges Unteroffizierskorps ausgebildet. US-Oberstleutnant Todd Hopkins von der Nationalgarde Floridas, der unter anderem mit der Einrichtung des kürzlich von Russland angegriffenen Trainingszentrums in Jaworow in der Westukraine nahe Polen beauftragt war, erklärte diesbezüglich:

"Der größte Fehler der Russen war es, uns acht Jahre für die Vorbereitung zu lassen."

Die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland hatten im Jahr 2014 begonnen, nachdem die damalige demokratisch gewählte Regierung der Ukraine durch einen von den USA unterstützten Putsch in Kiew gestürzt wurde. Dies löste die Abspaltung der Krim aus, deren Bevölkerung sich nach einem Referendum Russland anschloss. Die ostukrainischen Gebiete Donezk und Lugansk erklärten sich seinerzeit zu unabhängigen Republiken.

Im Februar 2022 begann Russland eine militärische Operation in der Ukraine, nachdem Kiew die von Deutschland und Frankreich 2014/2015 mit ausgehandelten Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt hatte. Moskau fordert von der Ukraine, sich zu einem neutralen Land zu erklären und auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten. Die ukrainische Führung bezeichnet Russlands Handlungen als unbegründet und bestreitet derzeit die Existenz von Plänen, die abtrünnigen Regionen gewaltsam zurückzuerobern.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273af45b480cc1a981979c3.jpg>

7:10 de.rt.com: **Weißrusslands Militär besorgt: NATO baut Stoßgruppen an ihren Ostgrenzen auf**

NATO-Truppen sind in der Nähe der weißrussischen und der russischen Grenze konzentriert – und auf dieser Grundlage können in kürzester Frist Stoßgruppen für Kampfhandlungen im Osten aufgebaut werden. Hiervor [warnte](#) Ruslan Kossygin, stellvertretender Generalstabschef der weißrussischen Streitkräfte, am Donnerstag:

"Es befinden sich bereits Truppenaufgebote in unmittelbarer Nähe der Grenzen der Russischen Föderation und unseres Staates, auf deren Grundlage innerhalb kürzester Zeit Stoßgruppen gebildet werden können – für einen Einsatz auch gegen Weißrussland. Dabei nehmen Umfang und Intensität der operativen und Kampfausbildungsmaßnahmen auf dem Territorium der an die Republik Weißrussland angrenzenden Staaten ständig zu: Für das Jahr 2020 waren es 67 Übungen, für das Jahr 2021 waren es bereits 80 Übungen; und seit Beginn dieses akademischen Jahres, das nur zur Hälfte um ist, wurden 15 Übungen der NATO und nationaler Streitkräfte abgehalten."

Der Vertreter des weißrussischen Generalstabs erinnerte daran, dass derzeit im Hoheitsgebiet und im Luftraum der mittel- und osteuropäischen Länder, darunter Polen und der baltischen Staaten, sowie in Ost- und Nordsee eine groß angelegte Übung "Defender of Europe 2022" stattfindet. Er fasste zusammen:

"Im Wesentlichen werden Vorbereitungen getroffen, um militärische Operationen in östlicher Stoßrichtung durchzuführen."

7:35 de.rt.com: **Pentagonsprecher Kirby: "Stellen Ukraine keine Aufklärungsdaten zu Aufenthalt ranghöherer russischer Offiziere in der Ukraine zur Verfügung"**

Die Vereinigten Staaten versorgen die kiewtreuen Truppen nicht mit nachrichtendienstlichen Informationen über den Aufenthaltsort hochrangiger russischer Offiziere auf dem Schlachtfeld. Dies versicherte Pentagon-Sprecher John Kirby am Donnerstag bei einem regelmäßigen Briefing:

"Die USA liefern nachrichtendienstliche Informationen über die Lage auf dem Schlachtfeld, um den Ukrainern bei der Verteidigung ihres Landes zu helfen. Darüber haben wir gesprochen. Wir stellen keine nachrichtendienstlichen Informationen über die Aufenthaltsorte hochrangiger [russischer] Militärs auf dem Schlachtfeld zur Verfügung und beteiligen uns auch nicht an Entscheidungen über die Ziele der Angriffe der ukrainischen Streitkräfte."

Dafür, so Kirby, bestehe kein Bedarf:

"Ehrlich gesagt haben die Ukrainer viel mehr Information als wir. Es ist ihr Land, ihr Territorium. Und sie haben ihre eigenen effektiven Methoden zum Sammeln von

Aufklärungsinformation – die Ukrainer kombinieren die Information, die wir und andere Partner an sie weitergeben, mit der Information, die sie selbst auf dem Schlachtfeld sammeln. Und dann treffen sie ihre eigenen Entscheidungen und ergreifen ihre eigenen Maßnahmen."

Telegram-Kanal der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 6. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik bei Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 176 Ortschaften, einschließlich Troizkoje befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt.
Mariupol befindet sich unter vollständiger operativer Kontrolle.

7:42 de.rt.com: **Russisches Verteidigungskontrollzentrum: Ukraine sieht in Krankenhäusern Kasernen und Munitionslager**

Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen nationalen Verteidigungskontrollzentrums berichtet, dass die ukrainischen Truppen vermehrt medizinische Einrichtungen zu militärischen Objekten umfunktionieren. Steckt dahinter eine gezielte Politik?

Die ukrainischen Streitkräfte haben im Gebäude des regionalen Klinikums von Odessa einen Gefechtsleitstand eingerichtet – und auf dem Gelände des Krankenhauses schwere Waffen in Stellung gebracht. Dies meldete Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen nationalen Verteidigungskontrollzentrums, der außerdem das russische Hauptquartier für die Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine leitet, am Donnerstag:

"In Odessa wurde im Gebäude des regionalen Krankenhauses in der Akademiker-Sabolotny-Straße ein Kommandoposten der ukrainischen Streitkräfte eingerichtet, und auf dem anliegenden Gelände wurden gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie und MLRS stationiert."

Ähnlich sieht es auch in Slawjansk aus:

"In Slawjansk wurde schweres militärisches Gerät auf dem Gelände des Eisenbahnkrankenhauses in der Malogorodetskaja-Straße platziert, und das Gebäude wurde zur befestigten Stellung mitsamt einem Munitionsdepot umfunktioniert."

Selbiges wird auch von Lissitschansk – 75 Kilometer nordwestlich von Lugansk – berichtet: "Auf dem Gelände des Kinderkrankenhauses in Lissitschansk wurde eine Festung der Kämpfer eines nationalistischen Bataillons eingerichtet."

Um ein Charkower Krankenhaus für ähnliche Zwecke zu entfremden, haben die ukrainischen Truppen es unter Gewaltandrohung von Personal und Patienten geräumt:

"In Charkow wurden auf dem Gelände des Städtischen Klinischen Krankenhauses Nr. 8 Artilleriegeschütze aufgestellt und ein Munitionsdepot eingerichtet. Dabei wurden das Krankenhauspersonal und alle Zivilisten, einschließlich der Schwerkranken, unter Androhung von Repressalien gezwungen, die medizinische Einrichtung zu verlassen."

Ob die anderen erwähnten Krankenhäuser auf dieselbe Weise geräumt wurden oder ihren Betrieb unterbrochen hatten, geht aus dem Pressebriefing des Generaloberst Misinzew nicht hervor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6274b2f0b480cc75417c9134.jpg>

8:00 de.rt.com: **Wirtschaftsministerin Schramböck: Gasembargo für Österreich "rote Linie"**

Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck hat sich klar gegen einen Stopp von Gaslieferungen aus Russland ausgesprochen. Den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte sie:

"Ein Gasembargo ist für Österreich eine klare rote Linie."

Man dürfe keine entsprechenden Signale senden, wenn man es nicht durchhalten könne, machte Schramböck deutlich und fügte hinzu:

"Und weder wir noch Deutschland werden es durchhalten können."

Es gebe ein klares Nein von Österreich und auch aus Deutschland, weil ein Embargo mehr schaden als nützen würde, so Schramböck.

Die konservative Politikerin schlug vor, dass die EU bei der Gasförderung auf Fracking setzt. Zudem brauche man mittelfristig neue Partnerschaften, etwa mit Saudi-Arabien für Solarenergie und Wasserstoff.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274b4c148fbef10053c3e47.jpg>

9:00 (8:00) novorosinform.org: **Die USA übergeben Informationen über den Einsatz des Kreuzers „Moskwa“ an die Ukraine – CNN**

Dank dieser Informationen konnten ukrainische Kämpfer das russische Kriegsschiff

angreifen, berichtet CNN.

Die ukrainischen Streitkräfte haben vom Geheimdienst der Vereinigten Staaten Daten über den Standort des russischen Kreuzers Moskwa im Schwarzen Meer erhalten, teilt CNN mit, berichtet [RT](#).

„Ukrainische Soldaten haben aus Washington Informationen über den Einsatz des Kreuzers erhalten“, heißt es in der Mitteilung.

Laut CNN könnten die ukrainischen bewaffneten Verbände die erhaltenen Informationen nutzen, um den Kreuzer anzugreifen.

Das Feuer auf dem Kreuzer Moskwa brach sich am 14. April aus. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation war die Ursache die Detonation von Munition. Beim Versuch, den Kreuzer nach Sewastopol zu schleppen, sank der Kreuzer. Nach offiziellen Angaben kam ein Besatzungsmitglied ums Leben, 27 wurden vermisst.



https://novorosinform.org/content/images/40/40/44040_720x405.jpg

8:25 de.rt.com: **Verteidigungsministerin Lambrecht kündigt Lieferung von sieben Panzerhaubitzen an die Ukraine an**

Deutschland wird der Ukraine sieben Panzerhaubitzen 2000 liefern. Dazu sei eine Übereinkunft erzielt worden, sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht am Freitag in Sliač während ihres Besuchs in der Slowakei. Die Waffensysteme sollten aus einer laufenden Instandsetzung kommen und damit der Bundeswehr nicht unmittelbar fehlen. Zu den Haubitzen solle eine Ausbildung angeboten werden.

Die [Panzerhaubitze](#) ist ein schweres Artilleriesystem mit einer Kanone auf einem Kettenfahrzeug – und ähnelt damit einem Panzer. Der Bundestag hatte Ende März eine Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine gefordert und dazu einen gemeinsamen Antrag von Union sowie den regierenden Ampel-Parteien beschlossen. Lambrecht hatte auch eine Lieferung von Flugabwehrpanzern Gepard in Aussicht gestellt, von dem der Hersteller KMW noch 50 Stück in den Beständen hat. Die Lieferung schwerer Waffen war lange umstritten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274bd4c48fbef1d006e38c6.jpg>

8:54 de.rt.com: **Libyens Premier bestreitet Urheberschaft an einem Londoner Times-Artikel** "The Times" in London veröffentlichte einen Artikel unter dem Namen des libyschen Premierministers. Einen Tag später dementiert Baschagha, den Beitrag geschrieben zu haben. Fathi Baschagha, einer von zwei rivalisierenden libyschen Premierministern, hat bestritten, einen Artikel geschrieben zu haben, der am Dienstag unter seinem Namen von der Zeitung The Times in London veröffentlicht wurde.

In dem Artikel, der angeblich von dem libyschen Politiker Baschagha geschrieben sein soll, erklärt der Autor, er möchte, dass sein Land "an der Seite Großbritanniens gegen die russische Aggression" stehe.

"Heute steht mein Land vor einem der bisher härtesten Gefechte; Während ukrainische Truppen Russland mit britischen Raketen bekämpfen, führen wir in Libyen den gleichen Kampf", heißt es in dem Artikel. Der Autor erinnert in dem Artikel Großbritannien daran, dass auch Libyen "eine Frontlinie" in diesem Kampf gegen Russland sei.

Baschagha, der sich selbst als Interimspremierminister Libyens bezeichnet, hat nun dementiert, dass er der Autor des Artikels ist, und twittert dazu auf Arabisch: "Ich war überrascht von einem Artikel, der mir in der englischen Zeitung The Times zugeschrieben wird. Ich hoffe, dass diese großartige und angesehene Zeitung die Genauigkeit überprüft, um zu vermeiden, an der Veröffentlichung falscher Artikel beteiligt zu sein."

Libyens Parlament hatte vor Kurzem einer neuen Regierung unter Führung des ehemaligen Innenministers Fathi Baschagha mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

Baschagha war zuvor in einem umstrittenen Schritt bereits vom Parlament in der östlichen Stadt Tobruk zum Regierungschef gewählt worden, obwohl Übergangsregierungschef Abdel Hamid Dbeiba in Tripolis dieses Amt weiterhin innehat. Während Libyen faktisch ein Land mit zwei Premierministern ist, hat sich die politische Führung bislang ambivalent zum Ukraine-Krieg positioniert. Russland war die erste Großmacht, die Baschagha und sein neues Kabinett als Regierung begrüßt hatte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6273cf21b480cc19f924a657.jpg>

10:31 (9:31) deu.belta.by: **Lukaschenko über „unabhängige“ Gewerkschaften und Massenmedien: Ich habe vor niemandem Angst. Ich werde nicht zulassen, das Land zu ruinieren**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko sagte in einem Interview mit der Associated Press, er werde nicht zulassen, dass jemand das Land ruiniere.

Der Staatschef wurde nach der Arbeit der "unabhängigen" Gewerkschaften und Medien in Belarus gefragt. "Warum haben Sie Angst vor solchen Subjekten der Zivilgesellschaft?" fragte Ian Phillips.

"Warum haben Sie so viel Angst vor Frauen, dass diese Frau im Kapitol erschossen wurde? (Anmerkung von BELTA: Es geht um die Ereignisse vom 6. Januar 2021, als ein Polizeibeamter die US-Luftwaffenveteranin Ashley Babbitt erschossen hat). Das ist eine rhetorische Frage. Ich weiß, Sie haben keine Angst. Ich habe auch vor niemandem hier Angst. Vor niemandem. Aber ich werde nicht zulassen, dass jemand das Land ruiniert", betonte der Präsident.

Alexander Lukaschenko merkte an, dass die Situation um Belarus herum nicht einfach ist: "Sie wissen, dass unsere westlichen Nachbarn schlafen und davon träumen, wie wir hier sagen, eine Hälfte von Barlaus wegzunehmen. So wie es vor 1939 war. Die Situation ist nicht einfach. Im Süden, das haben Sie gerade gesagt, herrscht ein sehr scharfer, heißer Konflikt. Das ist nicht so einfach. Ich bin der Präsident des Landes. Ich bin für die Integrität und Unabhängigkeit des Staates verantwortlich. Ich sehe gewisse Bedrohungen."

Der Präsident erinnerte daran, wie im August 2020 versucht wurde, Belarus mit dem Geld des Westens zu zerschlagen. "Sie haben auch selbst sehen können, wer diesen Blitzkrieg wie steuerte. Die Associated Press und Sie als erfahrener Journalist haben gesehen, wer über Messenger, das Internet usw. die Situation steuerte. Wir wissen, wessen Geld das ist. Und, natürlich, die Reaktion von mir: Das ist keine Unabhängigkeit, das ist keine Meinungsfreiheit!" betonte das Staatsoberhaupt.

Alexander Lukaschenko bemerkte, dass der Interviewer ihm offen unbequeme Fragen stellt und Antworten erhält. "Ist das keine Meinungsfreiheit? Ich bringe meinen Standpunkt zum Ausdruck. Sie sind mit etwas nicht einverstanden. Sie stellen sehr korrekt, aber trotzdem alle möglichen unangenehmen Fragen an mich. Ich finde das in Ordnung. Sie sind heute der Chef. Wenn ich diesem Gespräch zugestimmt habe, sind Sie der Chef. Ich stehe Ihnen zur Verfügung. Ich bin verpflichtet, Ihnen alle Fragen, die Sie stellen, zu beantworten. Hätte ich westliche Journalisten nicht gemocht, hätte ich dieses Interview ablehnen können. Aber wenn ich zugestimmt habe, muss ich so freundlich wie möglich zuhören und Fragen beantworten. Millionen von Menschen hören live im Fernsehen zu. Bedeutet das die Unterdrückung der

Meinungsfreiheit?", so der Präsident.

"Glauben Sie mir, diese 'unabhängigen' Gewerkschaften sind nur auf dem Papier unabhängig", fügte der Staatschef hinzu.

Alexander Lukaschenko reagierte auch auf die Behauptung, dass in Belarus viele Journalisten inhaftiert seien: "Begeht bei uns jemand eine Ordnungswidrigkeit (wie in Amerika, nur dass eure Gesetze strenger sind), verstößt jemand gegen das Gesetz und es wird gegen ihn ermittelt, dann wird jeder zum Journalisten oder Mitglied 'unabhängiger' Gewerkschaften, damit ihr sie hören und mir dann Vorwürfe machen könnt. Man sollte keine Gesetze verletzen. Für Journalisten, Politiker, wer auch immer es ein mag, gilt das gleiche Recht, und es sollte eingehalten werden."



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1651819692_60584_big.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 210 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 4 Zivilisten, 7, darunter ein Kind, wurden verletzt**. 44 Wohnhäuser, 7 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 57 ukrainische Nationalisten, 4 120mm-Mörser, einen Panzer, 2 Schützenpanzer und 2 Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Haubitzen D-30, ein Schützenpanzer, 2 Panzerfahrzeuge und ein Lastwagen wurden erbeutet.

9:40 de.rt.com: **FDP-Generalsekretär Djir-Sarai warnt vor "Wohlstandsverlust" in Deutschland**

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sieht infolge des Krieges in der Ukraine spürbare Einschnitte auf die Menschen in Deutschland zukommen. "Wir haben in Deutschland keine neueren Erfahrungen mit Wohlstandsverlusten", sagte er in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP. "Das ist etwas, das wir aus den letzten Jahrzehnten nicht kennen. Hier werden wir uns umstellen müssen", so Djir-Sarai. Es gebe große Unwägbarkeiten, und es

sei richtig, das in dieser Situation auch so zu sagen, erklärte der FDP-Politiker weiter. Die Menschen hätten demnach ein Recht darauf, dass die Politik offen und ehrlich kommuniziert und entsprechend handelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274c40048fbef1aa55b1f3e.jpg>

10:56 (9:56) rusvesna.su: **Die russische Armee hat wichtige Objekte der Streitkräfte der Ukraine in Kramatorsk und der Region Saporoschje zerstört**

Die russische Armee setzt eine spezielle Militäroperation in der Ukraine fort.

Hochpräzise luftgestützte Raketen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten ein großes Munitionsdepot der ukrainischen Truppen, das sich auf dem Territorium des Werks Energomaschpetsstal in der Stadt Kramatorsk befand.

Im Bereich des Dorfes Nowotarritscheskoje, Gebiet Saporoschje, wurde ein taktisches Raketensystem "Totschka-U" der ukrainischen Truppen zerstört. Darüber hinaus wurden 10 befestigte Orte mit Konzentrationen von Personal und militärischer Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine getroffen.

Bemannte und unbemannte Flugzeuge haben in der Nacht 24 Militäreinrichtungen der Ukraine getroffen.

Darunter: 18 Konzentrationsgebiete für Personal und militärische Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine, eine Artilleriebatterie in Schussposition sowie zwei Depots für Raketen- und Artilleriewaffen in der Gebiet Krasnopolje in der Volksrepublik Donezk.

Im Bereich der Siedlung Nikiforowka in der Volksrepublik Donezk wurde von Reketentruppen die Abschussvorrichtung des ukrainischen Flugabwehr-Raketensystems S-300 zerstört und 5 Gebiete mit Konzentrationen von Personal und militärischer Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine wurden getroffen.

Artillerieeinheiten trafen sechs Kommandoposten, drei Munitionsdepots, 187 befestigte Konzentrationsorte für Personal und militärische Ausrüstung sowie 26 ukrainische Artilleriebatterien.

Bis zu 280 Nationalisten und 41 Einheiten militärischer Ausrüstung der Streitkräfte der Ukraine wurden eliminiert.

Russische Luftverteidigungssysteme haben im Bereich Preobraschenoje, Volksrepublik Lugansk, eine Su-25 und eine MiG-29 der ukrainischen Luftwaffe abgeschossen; vier ballistische Tochka-U-Raketen wurden abgefangen.

Außerdem wurden 13 ukrainische unbemannte Luftfahrzeuge zerstört. ...

Seit Beginn des militärischen Sondereinsatzes wurden zerstört: 151 Flugzeuge, 112

Hubschrauber, 742 unbemannte Luftfahrzeuge, 290 Flugabwehrraketensysteme, 2.854 Panzer

und andere gepanzerte Kampffahrzeuge, 329 Mehrfachraketenwerfer, 1.338 Feldartilleriegeschütze und Mörser sowie 2.683 Einheiten militärischer Spezialfahrzeuge.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 06.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

12 Mann;

2 Schützenpanzerwagen;

1 Panzer;

3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 8 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm und 120mm-Mörsern auf Perwomajsk und Golubowskoje abgefeuert.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurden, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in die frontnahen Ortschaften der Republik.

So hat die Volksmiliz gestern humanitäre Hilfe von der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ an Einwohner von Kirowsk geliefert.

10:30 de.rt.com: **Berichte: Boris Johnson störte Annäherung zwischen Putin und Selenskij**

Pläne für ein mögliches Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij sollen erst nach Interventionen des britischen Premierministers Boris Johnson zum Stillstand gekommen sein. Das berichtet das ukrainische Nachrichtenmagazin Pravda unter Berufung auf Quellen aus Selenskij's Umfeld. Demnach sei die russische Seite "eigentlich bereit für das Treffen" der beiden Präsidenten gewesen. Allerdings habe Johnson bei einem Besuch in Kiew Druck auf Selenskij ausgeübt, weshalb die ukrainische Seite im Nachgang von dem geplanten Treffen Abstand genommen habe, heißt es in dem Pravda-Bericht.

Demnach habe Johnson dem ukrainischen Präsidenten geraten, dass dieser Druck auf Putin ausüben solle, anstatt mit ihm zu verhandeln. Putin sei nicht so mächtig, wie der Westen zuvor gedacht hatte, und dies sei nun, so Johnson laut der Quelle, eine Chance, "Druck auf ihn auszuüben". Drei Tage nach Johnsons Abreise ging Putin an die Öffentlichkeit und erklärte, die Gespräche mit der Ukraine seien "in eine Sackgasse geraten".

Nach Angaben von Pravda wurde der bilaterale Verhandlungsprozess daraufhin unterbrochen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274cfcfb480cc665a22d870.jpg>

10:55 de.rt.com: **Melnyk: Deutschlands Hilfe für die Ukraine unzureichend**

Trotz der neuesten Zugeständnisse wirft der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk der Bundesregierung weiterhin eine unzureichende Hilfe vor. Das kleine Estland habe der Ukraine bisher Waffen im Wert von über 200 Millionen Euro geliefert, sagte Melnyk am Freitag im Deutschlandfunk. Aus Deutschland seien hingegen lediglich Waffen im Wert von knapp 190 Millionen Euro gekommen. Von den USA seien Waffen für rund 3,5 Milliarden Euro gesendet worden, so der Botschafter weiter.

Er glaube, dass es in Berlin noch sehr viel Luft nach oben gebe und ein sehr großer Handlungsbedarf bestehe, "um uns Ukrainern im Überlebenskampf zu helfen". In der Öffentlichkeit werde der Eindruck erweckt, dass die Deutschen alles Mögliche unternommen hätten. Dabei sei das nach den Worten Melnyks oft nicht der Fall.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274d62eb480cc6c3c01297d.jpg>

11:20 de.rt.com: **Kirgisistan: Usbekische Soldaten töten drei kirgisische Bürger**

Am Donnerstag sollen an der Grenze zwischen Kirgisistan und Usbekistan drei Menschen verletzt worden sein. Anschließend seien sie ihren Verletzungen erlegen. Kirgisistan beschuldigt Grenzschutzbeamte Usbekistans der Taten.

An der Grenze zwischen den zentralasiatischen Ex-Sowjetrepubliken Kirgisistan und Usbekistan ist es nach kirgisischen Angaben am Donnerstag zu Schüssen mit drei Todesopfern gekommen. Laut Medienberichten handelt es sich um drei Männer der Jahrgänge 1974, 1998 bzw. 2000. Usbekische Grenzschutzbeamte sollen auf die Kirgisen geschossen haben. Die verletzten Männer wurden in das Bezirkskrankenhaus eingeliefert, dort verstarben sie an ihren Verletzungen, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, teilte der kirgisische Grenzschutz am Freitag mit.

Wie es zu dem Vorfall kam, sei noch unklar. Die russische Agentur RIA Nowosti meldete unter Berufung auf das Pressezentrum des kirgisischen Grenzdienstes, dass Vertreter beider Staaten offizielle Kontrollen angesetzt haben, um den Fall zu klären.

Zu einem ähnlichen Vorfall war es bereits im vergangenen Monat gekommen. Nach Angaben des kirgisischen Grenzdienstes hätten Anfang April mehrere kirgisische Staatsangehörige versucht, Waren im Gesamtwert von 20.000 US-Dollar (rund 19.000 Euro) nach Usbekistan zu schmuggeln. Sie wurden angehalten, kamen der Aufforderung aber nicht nach, woraufhin usbekische Grenzbeamte das Feuer eröffneten. Dabei wurden zwei Menschen getötet.

Zentralasien ist seit dem Zerfall der Sowjetunion auch immer wieder Schauplatz von Grenzstreitigkeiten. Speziell zwischen den zentralasiatischen Republiken Kirgisistan und Usbekistan kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Jahr 2010 kam es nach einem Machtwechsel in Kirgisistan im Süden des Landes zu mehrtägigen Unruhen zwischen Kirgisen und dort lebenden Usbeken. Usbekistan nahm damals etwa 75.000 Flüchtlinge auf. Nach offiziellen Angaben starben bei den Auseinandersetzungen 447 Menschen, nach inoffiziellen Angaben sollen es vier- oder fünfmal mehr gewesen sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6274dd9db480cc6c870a5b8a.jpg>

12:37 (11:37) novorosinform.org: **Das russische Außenministerium gab den Stillstand bei den Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew bekannt**

Alexej Saizew, stellvertretender Direktor der Informations- und Presseabteilung des Ministeriums, erklärte, dass die Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine in einem Zustand der Stagnation seien.

Äußerungen der ukrainischen Seite über die mangelnde Bereitschaft, die Verhandlungen mit Moskau fortzusetzen, bestätigten nur die Notwendigkeit, die Aufgaben der Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine umzusetzen. Das teilte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des Außenministeriums Russlands, Alexej Saizew, mit, schreibt TASS.

Er betonte, dass die NATO-Staaten zwar für eine Einstellung der Feindseligkeiten einträten,

aber gleichzeitig alles versuchten, um dies zu verhindern. Als Beweis für seine Worte erinnerte Saitzew daran, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine nur zunehmen, ihr Umfang werde bereits auf Milliarden Dollar geschätzt. Insbesondere schickte Washington Militärprodukte im Wert von 3,8 Milliarden Dollar, stellte er fest.

Saitzew präzisierte, dass das Vereinigte Königreich, Frankreich, Kanada, Polen sowie die baltischen Länder aktiv an der Lieferung von Waffen beteiligt seien, was nur zu einer Verlängerung der Feindseligkeiten, neuer Zerstörung der Infrastruktur und zivilen Opfern führen werde.



https://novorosinform.org/content/images/40/65/44065_720x405.jpg

11:40 de.rt.com: **Lieferung schwerer Waffen: Bundesregierung kann keine Munition für Gepard-Panzer auftreiben**

Angesichts fehlender Munition ist die Lieferung der Flugabwehrpanzer Gepard an die Ukraine ins Stocken geraten. Wie Die Welt aus ukrainischen Regierungskreisen erfuhr, sei es der Bundesregierung bislang nicht gelungen, passende Munition für den Panzer zu beschaffen.

Grund für den vorläufigen Lieferstopp seien demnach fehlende Exportgenehmigungen. Die für den Panzer benötigten Geschosse werden aktuell lediglich vom Schweizer Unternehmen Oerlikon hergestellt, das zum deutschen Rheinmetall-Konzern gehört. Allerdings verweigert die Schweiz den Export von Rüstungsgütern in Kriegsgebiete – ein Umstand, der der Bundesregierung schon seit Ende Februar bekannt ist, weshalb sie die Lieferung ursprünglich auch ablehnte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274dc2548fbef19776ab19f.jpg>

12:52 (11:52) novorosinform.org: **Situation in Jasinowataja zehnmal schlimmer als 2014 – Bürgermeister**

Noch nie habe es in der Stadt eine solche Zahl von Opfern und Zerstörungen gegeben, sagte Dmitri Schewtschenko, Leiter der Verwaltung von Jasinowataja.

Ukrainische Militante führen den heftigsten Beschuss der Stadt Jasinowataja während der gesamten Dauer des Konflikts im Donbass durch, sagte Dmitri Schewtschenko. Seine Worte werden von der Nachrichtenagentur Donezk zitiert.

„Angesichts der Zahl der Zerstörungen, Verwundeten und Toten in der Stadt letzter Zeit war selbst 2014 nicht annähernd so schlimm“, sagte der Bürgermeister.

Er fügte hinzu, dass Jasinowataja im Vergleich zu 2014 jetzt „zehnfach“ beschossen werde. In den letzten Wochen wurde die Stadt Jasinowataja in der DVR fast täglich von den Streitkräften der Ukraine mit Grad-Mehrfachraketenwerfern beschossen. Der Morgen des 6. Mai war keine Ausnahme. Leider gab nicht nur Verletzte. Bei einem Treffer ukrainischer Militanter im Mikrobezirk Sorka wurde eine Frau getötet.



https://novorosinform.org/content/images/40/66/44066_720x405.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Nach heftiger Kritik einiger Mitgliedstaaten: EU-Kommission kommt Ölembargo-Gegnern entgegen**

Das geplante Ölembargo der Europäischen Union gegen Russland hatte in den letzten Tagen für Streitigkeiten unter den EU-Mitgliedstaaten gesorgt. Grund ist die Abhängigkeit einzelner EU-Länder von russischem Öl. Nun wurde bekannt, dass die EU-Kommission ihren Vorschlag für ein Embargo gegen russisches Öl offenbar angepasst hat, um den Kritikern des Vorhabens entgegenzukommen. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen Mitarbeiter der Kommission.

Der neue Plan sehe demnach eine dreimonatige Übergangsphase bis zur vollen Umsetzung des Embargos sowie Investitionshilfen zur Verbesserung der Öl-Infrastruktur vor.

Den EU-Plänen hatte sich zuletzt insbesondere Ungarn entgegengestellt. Es gebe keine Pläne oder Garantien für die vereinbarte Übergangszeit, wie der Übergang hin zu einer Unabhängigkeit von russischen Lieferungen gelingen könne, hieß es von einem Sprecher der ungarischen Regierung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274e161b480cc6c5d39d4f0.jpg>

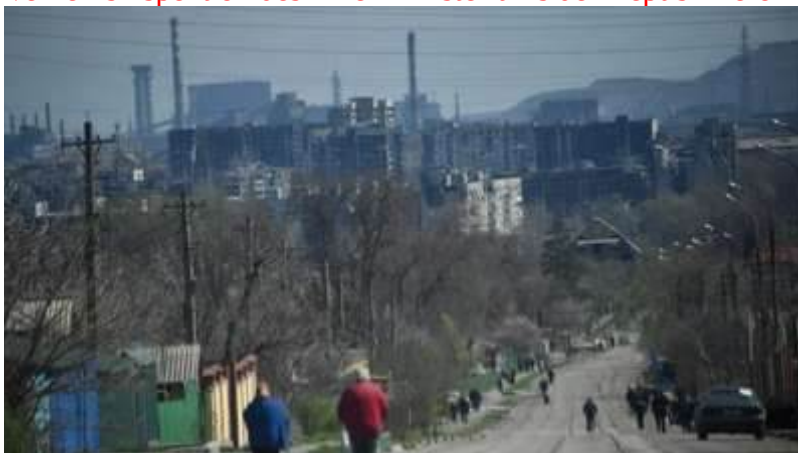
13:16 (12.16) novorosinform.org: **Der Verkehr auf Verbindungsstraßen nach Mariupol wurde wieder aufgenommen**

Alle Minen auf den Straßen, die nach Mariupol führen, mit Ausnahme der Route von Mangusch, seien geräumt worden, sagte Bürgermeister Konstantin Iwaschtschenko. Die Minenräumung aller Wege in die Stadt, mit Ausnahme der Straße von Mangusch, wurde erfolgreich abgeschlossen, erklärte der Bürgermeister von Mariupol in der Sendung Solowjow Live, berichtet TASS.

Auch das Problem der Lebensmittel- und Trinkwasserversorgung der Stadt sei gelöst worden, fügte er hinzu. Darüber hinaus sagte Iwaschtschenko, dass am 9. Mai in Mariupol eine Allee der Erinnerung eröffnet werde, die den Befreiern der Stadt und den toten Einwohnern gewidmet ist.

„Wir werden eine Gasse haben, die den Soldaten der DVR, den Soldaten der RF-Streitkräfte gewidmet ist, und eine Gedenkasse für diejenigen, die im Zusammenhang mit solch schrecklichen Ereignissen gestorben sind“, sagte der Bürgermeister.

Früher wurde berichtet, dass am Eingang von Mariupol inzwischen ukrainische Verkehrszeichen durch russische ersetzt wurden. Außerdem teilte der Stab der Territorialverteidigung der DVR mit, dass in der Stadt die erste Abteilung der Staatlichen Verkehrsinspektion des Innenministeriums der Republik eröffnet wurde.



https://novorosinform.org/content/images/40/68/44068_720x405.jpg

12:40 de.rt.com: **Industrieproduktion in Deutschland sinkt wegen Ukraine-Krieg deutlich**

Die Produktion der deutschen Industrie ist im ersten Monat nach Beginn des Ukraine-Krieges deutlich gesunken. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes verringerte sich die Gesamtproduktion gegenüber dem Vormonat um 3,9 Prozent. Einen stärkeren Rückgang habe es zuletzt zu Beginn der Corona-Krise im April 2020 mit damals 18,1 Prozent gegeben, erläuterte die Wiesbadener Behörde am Freitag.

Lieferengpässe und Materialmangel verschärften sich infolge des Krieges. So litt etwa die Autoindustrie im März aufgrund fehlender Kabelbäume aus der Ukraine besonders stark. Nach Angaben des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung klagten im März gut 80 Prozent der befragten Industrieunternehmen über Engpässe und Probleme bei der Beschaffung von Vorprodukten und Rohstoffen. Nach Einschätzung von Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer dürfte es mit der Industrieproduktion tendenziell weiter nach unten gehen.

Die Herstellung von Investitionsgütern verringerte sich im März um 6,6 Prozent. Die Energieerzeugung lag um 11,4 Prozent niedriger als im Vormonat, nachdem sie im Februar noch deutlich gestiegen war. Die Aktivitäten am Bau stiegen dagegen leicht um 1,1 Prozent.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274e6afb480cc6c870a5b95.jpg>

13:00 de.rt.com: **Nach Öl-Embargo: Von der Leyen will nun auch Lieferstopp für russisches Gas**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich nach dem beschlossenen Öl-Embargo der EU gegen Russland nun auch für einen Importstopp für russisches Gas ausgesprochen. "Russland ist kein zuverlässiger Partner mehr", sagte sie am Freitag in Frankfurt am Main bei einem Kongress, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)" veranstaltet. 45 Prozent des von der EU bezogenen Erdgases stammen aus Russland, erklärte von der Leyen. Das könne so nicht weitergehen: "Wir dürfen uns nicht mehr von so einem Lieferanten abhängig machen."

Einen konkreten Zeitplan für ein mögliches Gas-Embargo der EU nannte die Kommissionspräsidentin allerdings nicht. Erst am Mittwoch hatte von der Leyen einen Importstopp für russisches Öl vorgeschlagen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274eb9a48fbef1aa41926b0.jpg>

13:20 de.rt.com: **Russischer Botschafter in Paris: Keine Einladung für Russland zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs**

Die französische Regierung hat Russland nach Angaben des russischen Botschafters in Frankreich, Alexei Meschkow, nicht zu der Gedenkfeier zum Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai eingeladen. Das berichtet die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Demnach wolle Frankreich die Feierlichkeiten in diesem Jahr ohne Russland begehen, sagte der Botschafter am Freitag.

13:40 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Keine Pläne für Atomwaffen-Einsatz in der Ukraine**

Russland hat nicht die Absicht, bei seiner Militäraktion in der Ukraine Atomwaffen einzusetzen, so der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums Alexei Saizew. Bei einem Briefing am Freitag legte der Behördensprecher nahe:

"Wir mussten wiederholt Unterstellungen über einen möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland im Laufe der militärischen Sonderoperation zurückweisen. Das ist eine bewusste Lüge."

Saizew fügte hinzu, Russland halte fest an dem Grundsatz, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben könne und dass er nicht entfesselt werden dürfe. Er erinnerte auch an den Beitrag Moskaus, dass im vergangenen Jahr die USA und die gesamte nukleare Fünfergruppe überzeugt habe, sich diesem Prinzip anzuschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274f530b480cc068875fd7c.jpg>

15:18 (14:18) novorosinform.org: **Olga Makeewa zur DVR-Botschafterin in Russland ernannt**

Der Staatschef der DVR, Denis Puschilin, unterzeichnete ein Dekret zur Ernennung von Olga Alexandrowna Makeewa zur außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafterin der Volksrepublik Donezk in der Russischen Föderation.

Das Dokument wurde auf der offiziellen Website des Oberhauptes der Republik veröffentlicht.

Dekret Nr. 182 vom 6. Mai 2022 tritt ab dem Zeitpunkt seiner offiziellen Veröffentlichung in Kraft.

Es sei darauf hingewiesen, dass Olga Makeewa vor ihrer Ernennung zur Botschafterin der Republik in Russland stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets der DVR der zweiten Legislaturperiode war.

Laut offenen Quellen wurde Makeewa 1974 in Donezk geboren. Nach dem Abschluss einer pädagogischen Schule erhielt sie ein Diplom in der Fachrichtung "Recht" von der Nationalen Universität Donezk. Bis 2014 leitete Makeewa den Rechtsdienst in verschiedenen kommerziellen Organisationen.



https://novorosinform.org/content/images/40/85/44085_720x405.jpg

14:20 de.rt.com: **Kreml-Sprecher Peskow: Polen könnte eine "Quelle der Bedrohung"**

sein

Der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow hat Polen eine feindliche Rhetorik vorgeworfen. Die Regierung in Warschau könne sich zu einer Quelle der Bedrohung entwickeln, erklärte Peskow am Freitag. Mit seinen Äußerungen bezog sich der russische Regierungssprecher auf die neuesten Forderungen Polens, wonach die EU die Sanktionen gegen Russland verschärfen und die NATO zur Bewaffnung der Ukraine auffordern solle. Das osteuropäische Land gehört zu den westlichen Ländern, die sich besonders entschieden für Sanktionen gegen Russland einsetzen. "Polen ist stolz darauf, auf Putins Liste der unfreundlichen Länder zu stehen", erklärte die polnische Umweltministerin Anna Moskwa.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627506f4b480cc6c870a5bc5.jpg>

14:40 de.rt.com: **Keine Feierlichkeiten zum Tag des Sieges in Kiew**

Die Kiewer Stadtverwaltung hat beschlossen, keine Veranstaltungen anlässlich des Tages des Sieges am 9. Mai in der ukrainischen Hauptstadt durchzuführen. Die Entscheidung sei auf das aktuell geltende Kriegsrecht im Land zurückzuführen, teilte der Stadtrat am Freitag in einer Erklärung mit.

Nach Angaben der Behörde werden die Patrouillen in Kiew am 9. Mai verstärkt. Die Blumenniederlegung sei jedoch weiterhin erlaubt, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274f77548fbef1aa41926bf.jpg>

15:45 (14:45) novorosinform.org: **Selenskij billigt das Gesetz zur „Entsowjetisierung“ der Gesetzgebung**

Jetzt erwähnt die ukrainische Gesetzgebung die Siege der Oktoberrevolution nicht und es gibt keine Hinweise auf Programme, die von der Kommunistischen Partei entwickelt wurden, sagte der Vorsitzende der Werchowna Rada, Ruslan Stefantschuk.

In der Ukraine ist das Gesetz zur „Entsowjetisierung“ der Gesetzgebung in Kraft getreten. Das Dokument wurde vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij unterzeichnet, stellte Stefantschuk fest, berichtet TASS.

„Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij hat das Gesetz ‚Über die Entsowjetisierung der Gesetzgebung der Ukraine‘ unterzeichnet“, wird der Sprecher der Werchowna Rada zitiert.

Das Dokument sehe eine Änderung der Terminologie in der ukrainischen Gesetzgebung vor. Insbesondere Verweise auf die Oktoberrevolution und die Kommunistische Partei der UdSSR seien ausgeschlossen, präzisierte Stefantschuk.

Es sei daran erinnert, dass der Gesetzentwurf zur "Entsowjetisierung" Ende April der Rada vorgelegt wurde. Laut den Autoren des Dokuments war es notwendig, alle Begriffe im Zusammenhang mit der Erwähnung der Sowjetunion aus der ukrainischen Gesetzgebung auszuschließen.



https://novorosinform.org/content/images/40/88/44088_720x405.jpg

15:52 (14:52) novorosinform.org: **Polen verkündete Teilung der Ukraine – Medwedew**

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, schrieb in seinem Telegram-Kanal, dass die imaginäre Bruderschaft mit Polen der Ukraine nur einen Verlust der Staatlichkeit bringen werde.

Medwedew kommentierte die jüngste Erklärung des polnischen Präsidenten Andrzej Duda, dass es in naher Zukunft keine Grenzen mehr zwischen Kiew und Warschau geben werde, und riet den Ukrainern, mit dem Träumen aufzuhören, da alles, was die Polen wollten, darin bestehe, ihr historisches Land zurückzugewinnen.

„Die Polen haben die Teilung der Ukraine ausgerufen. Der polnische Präsident Andrzej Duda hat offiziell die territorialen Ansprüche auf die Ukraine angemeldet. Die Masken wurden fallen gelassen. Er sagte, dass es für Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte keine Grenzen mehr zwischen Polen und der Ukraine geben werde“, schrieb Medwedew.

Der Politiker wies darauf hin, dass der polnische Präsident seine Erklärung gerade rechtzeitig am Tag der Nationalen Verfassung abgegeben habe. Während die Ukraine in die tiefste Krise gestürzt sei, sei „das nationale Selbstbewusstsein der Polen deutlich stärker geworden“ und damit auch der „territoriale Appetit“ gewachsen, glaubt Medwedew.

„Die Westukraine wird eine willkommene Errungenschaft für Polen sein, das hungrig nach der Rückgabe der Ländereien ist. Natürlich unter dem Schleier schöner Worte über die ewige Brüderlichkeit. Sie sollten sich nicht schmeicheln lassen und in eitlen Träumen schwelgen. Was auch immer Duda sagt, es geht um die De-facto-Annexion der Gebiete der Westukraine durch Polen“ - schrieb Medwedew.

Medwedew betonte, dass Polen seine historischen Ländereien zurückgewinnen möchte, dafür verstecke es sich hinter antirussischer Rhetorik und angeblich demonstrativer Freundschaft mit der Ukraine.

"Es ist klar, dass diese imaginäre Bruderschaft den Ukrainern selbst nichts bringen wird, außer dem endgültigen Verlust ihrer Staatlichkeit. Oder wollen sie das vielleicht?" fasste Medwedew zusammen.



https://novorosinform.org/content/images/40/90/44090_720x405.jpg

15:00 de.rt.com: **Trotz drohendem Gas-Embargo: Gazprom liefert weiter Gas an EU-Importeure**

Die Buchungen für die Beförderung von russischem Gas über die Ukraine nach Europa haben sich seit Anfang Mai bei fast 100 Millionen Kubikmetern pro Tag eingependelt. Das berichtet die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf Gazprom-Sprecher Sergei Kuprijanow. Die Menge entspräche in etwa dem Volumen des mit Gazprom vereinbarten jährlichen Gesamtvolumens in Höhe von 40 Milliarden Kubikmetern.

"Am 6. Mai liefert Gazprom über das Territorium der Ukraine rund 98,9 Millionen Kubikmeter russisches Gas", sagte Kuprijanow am Freitag gegenüber Reportern.

Auch Polen erhält nach Angaben von Interfax weiterhin russisches Gas, allerdings über Umwege durch Deutschland. Hierfür wurden Anfang Mai Kapazitäten über die Jamal-Europa-Gaspipeline für Lieferungen von Russland nach Deutschland und auch für Lieferungen von Deutschland nach Polen gebucht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627512d548fbef19776ab1ed.jpg>

unsere-zeit.de: **Das Gedenken an die Befreiung von Krieg und Faschismus wird in Berlin geschändet - Pressemitteilung der DKP**

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, [erklärt](#):

Am 8. und 9. Mai, den Tagen der Befreiung und des Sieges über Krieg und Faschismus soll in

Berlin, an Ehrenmalen, die an die gefallenen Rotarmisten, Sowjetbürger erinnern das Zeigen der Flagge der Sowjetunion, das Zeigen sowjetischer Militärflaggen verboten sein. Das ist eine Schändung dieser Tage, eine Schändung der Gefallenen, eine Schändung der Befreiung von Krieg und Faschismus.

Die Rote Armee, die Menschen der Sowjetunion haben Berlin befreit. Ihr Andenken wird in den Schmutz gezogen.

Das Zeigen der Symbole der Roten Armee und der Sowjetunion wird als „Billigung eines Angriffskriegs“ denunziert. Welch eine Perversion. Niemals wurde in der Bundesrepublik Deutschland jemand wegen der Billigung der Angriffskriege der NATO, der USA belangt. Niemand wurde wegen der Beteiligung Deutschlands am Angriffskrieg gegen Jugoslawien bestraft.

Der jetzige Versuch ist geschichtslos, reaktionär und ein Skandal, denn würde es die Sowjetunion und die Rote Armee noch geben, gäbe es den Krieg in der Ukraine nicht.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten werden uns die Symbole der Sowjetunion und der Roten Armee nicht verbieten lassen.

Essen, 6. Mai 2022



https://www.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2021/04/form_pm.jpg

16:12 (15:12) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Rodion Miroshnik zum LVR-Botschafter in Russland ernannt**

Zuvor war der Journalist und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens als Berater des Republikoberhauptes tätig.

Der Staatschef der LVR, Leonid Pasechnik, ernannte per Dekret Rodion Miroshnik zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Republik in der Russischen Föderation. Das berichtete der Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“.

Rodion Miroshnik bemerkte, dass es wichtig sei, die befreiten Gebiete in erster Linie mental in die DVR und LVR zu integrieren.

„Wir sprechen über geistige Integration, die Wiederherstellung einer Art von Beziehung, sagen wir, menschlich, verwandt, eng ... Das heißt, wir müssen immer noch in vereinten Republiken leben, die Menschen müssen dieselbe Sprache miteinander sprechen, sich zu denselben Ideen bekennen, ihre Bemühungen auf die wirtschaftliche Erholung konzentrieren“, sagte er nach Beginn der Sonderaktion.

Als er über die Notwendigkeit sprach, "enge und verständliche" Beziehungen zu Russland aufzubauen, betonte Miroshnik, dass "dies Kultur, Bildung, wirtschaftliche Beziehungen, soziale Beziehungen und andere Bereiche betreffen wird".

Zuvor war Rodion Miroshnik Berater des Oberhauptes der LVR.



https://novorosinform.org/content/images/40/91/44091_720x405.jpg

15:20 de.rt.com: **Ukraine: Fast 25 Millionen Tonnen Getreide können nicht exportiert werden**

Angesichts blockierter Häfen stecken in der Ukraine nach Angaben der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) knapp 25 Millionen Tonnen Getreide fest. "Es ist eine nahezu groteske Situation, die wir im Moment in der Ukraine sehen", sagte FAO-Experte Josef Schmidhuber am Freitag bei einer Pressekonferenz in Genf. Die Getreidemenge könne eigentlich exportiert werden. Allerdings könne sie das Land "wegen der fehlenden Infrastruktur und der Blockade der Häfen" nicht verlassen.

Russland und die Ukraine liefern in Friedenszeiten zusammen etwa 30 Prozent der weltweiten Getreide- und Mais-Exporte. Der Krieg führt daher zu akuter Knappheit auf den Weltmärkten und lässt die Preise steigen. UN-Angaben zufolge wurden 2020 beispielsweise gut 30 Millionen Tonnen Mais und knapp 25 Millionen Tonnen Weizen geerntet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6274ffb648fbef1aa55b1f96.jpg>

16:20 de.rt.com: **Lawrow: Keine Sanktionen können den Willen des russischen Volkes brechen**

Trotz beispielloser Strafmaßnahmen des Westens werden das russische Volk und die russische Führung weiterhin die historische Wahrheit und ihre legitimen Interessen verteidigen. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einer Blumenniederlegung im Vorfeld des Tages der Siege an den Gedenktafeln im Gebäude des Ministeriums in Moskau. Er erklärte:

"Keine Strafmaßnahmen, keine Sanktionen werden den Willen des russischen Volkes, den

Willen der russischen Führung brechen können, der darauf abzielt, die historische Wahrheit und die legitimen Interessen der Russischen Föderation zu verteidigen und nicht zuzulassen, dass direkte Bedrohungen für unsere Sicherheit direkt an unseren Grenzen entstehen." Nach Auffassung des Außenministers stehe mittlerweile "die Zukunft der Welt und die Frage, wie diese Welt aussehen wird – unipolar, unter Washingtons totaler Kontrolle oder gerecht und demokratisch – auf dem Spiel". Lawrow unterstrich, dass Russland und die überwiegende Mehrheit der Länder der Welt sich genau für das Letztere einsetzen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6275010bb480cc6c3c0129b0.jpg>

17:30 (16:30) rusvesna.su: Truppen der LVR und Russlands kämpfen im Zentrum von Sewerodonezk: Es gibt einen Angriff auf die Stellungen der Streitkräfte der Ukraine in der Schule

Im Moment kämpfen die Truppen der LVR und Russlands im Zentrum von Sewerodonezk: Es gibt einen Angriff auf die Stellungen der Streitkräfte der Ukraine in der Schule. Dies berichtet der Telegram-Kanal „Ukropskij Fresh“ unter Berufung auf Anwohner.

„Nach Angaben der Anwohner rüsteten die Nazis Stellungen in der 12. Schule der Stadt aus - die Alliierten begannen einen Angriff.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Stadt am Abend teilweise unter die Kontrolle von Antifaschisten gerät. Der Sieg über den Feind in der Richtung ist erst nach der Befreiung des benachbarten Lisitschansk möglich, wo die Nazis neben ihren Lieblingsschulen und -kliniken versuchen, aus einer Gummiwarenfabrik ein zweites Asowstal zu machen.“

„Russkaja Vesna“ berichtete heute früh über die Kämpfe am Stadtrand von Sewerodonezk, bei denen das ukrainische Militär Verluste erlitt und sich zurückzog.

16:45 de.rt.com: UN-Generalsekretär meldet Evakuierung von rund 500 Menschen aus Mariupol

UN-Generalsekretär António Guterres hat die Evakuierung von rund 500 Personen aus dem Hüttenwerk "Asowstal" und den angrenzenden Gebieten von Mariupol bekannt gegeben. Er schrieb in seinem Twitter-Account:

"Im Rahmen einer gemeinsamen Operation der UN und des IKRK haben zwei Konvois entlang sicherer Korridore rund 500 Menschen aus dem Werk 'Asowstal' in Mariupol und den umliegenden Gebieten erfolgreich evakuiert."

Den genauen Zeitraum, in dem die Evakuierungen stattgefunden haben sollen, präzisierte Guterres nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62751420b480cc71c77ed71d.jpg>

17:00 de.rt.com: **Fehlende Friedensgespräche: Bulgariens Präsident warnt vor "wirtschaftlicher Selbstvernichtung Europas"**

Der bulgarische Präsident Rumen Radew befürchtet für Europa schwere wirtschaftliche Folgen, sollte der Ukraine-Krieg infolge fehlender Friedensgespräche für unbestimmte Zeit andauern. "Das bedeutet eine wirtschaftliche Selbstvernichtung Europas und wir steuern wohl darauf hin", mahnte Radew in Sofia bei einer Militärzeremonie zum Tag der Streitkräfte am orthodoxen Georgstag am 6. Mai. Eine aktuelle Parlamentsentscheidung über "militärtechnische Hilfe" für die Ukraine kritisierte Radew zudem als "gefährlichen Schritt zur Verwicklung Bulgariens in den Krieg". Zuvor hatte das bulgarische Parlament entschieden, in Bulgarien künftig ukrainische Militärtechnik zu reparieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6275197d48fbef1aa41926ef.jpg>

18:33 (17:33) rusvesna.su: **Harte Aussage Chinas: Der Westen benutzt die Ukraine als "Kanonenfutter", um Russland zu schwächen**

Einige große Länder nutzen die Ukraine-Krise, um Russland zu schwächen, Friedensverhandlungen und die Sicherheit des ukrainischen Volkes seien ihnen egal, sagte der stellvertretende chinesische Außenminister Le Yucheng am Freitag und stellte fest, dass die

Ukraine dafür als „Kanonenfutter“ benutzt werde .

„Es gibt Vorwürfe, dass China auf der falschen Seite der Geschichte stehe, weil es die Aktionen Russlands nicht verurteilt und keine antirussischen Sanktionen zusammen mit den Vereinigten Staaten und den westlichen Ländern verhängt, es gibt sogar Drohungen, gemeinsame Sanktionen gegen China zu verhängen“, sagte Le Yucheng während des Online-Dialogs globaler Denkfabriken aus 20 Ländern, der von der Renmin University of China und dem Chongyang Institute organisiert wurde.

In diesem Zusammenhang betonte er, dass China wiederholt erklärt habe, dass es eine unabhängige und friedliche Außenpolitik verfolge und seine Position unabhängig auf der Grundlage von Fakten bestimme, nicht Trends folge und nicht der Masse folge.

Der stellvertretende Minister fügte hinzu, dass sich China seit Beginn der russischen Operation in der Ukraine an die Grundprinzipien und Ziele der UN-Charta gehalten, hartnäckig das Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit aufrechterhalten, Ehrlichkeit und Gerechtigkeit treu geblieben ist und Anstrengungen für Versöhnung unternommen und sich auch aktiv an der Bereitstellung humanitärer Hilfe beteiligt habe .

Andererseits, betonte er, erklärten einige große Länder die Notwendigkeit, die Ukraine-Krise zu nutzen, um Russland zu schwächen.

„Sie kümmern sich nicht um Friedensverhandlungen, nicht um das Leben und die Sicherheit des ukrainischen Volkes, sondern darum, die Ukraine entbehrlich und zu Kanonenfutter für die Schwächung Russlands zu machen, indem sie das Leben der Ukrainer nutzen, um ihre Großmachtambitionen zu befriedigen und ihre geostrategischen Ziele zu erreichen.“ sagte er.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Zuleitungstrasse an einem Kommunikationsobjekt in Mariupol wiederhergestellt. In Kaltschika wurde die Inbetriebnahme einer Basisstation vorbereitet.

Energietechniker haben die Arbeiten Anschluss der Hochspannungsleitung Starokrymaskaja Nr. 2 an das Umspannwerk Asowskaja abgeschlossen, außerdem wurde Reparaturen an den Leitungen Jushnodonbasskaja – Sarja Nr. 1, Nr. 2 und Charzyskaja – Sarja durchgeführt.

In 24 Ortschaften wurden Renten ausgezahlt. Außerdem haben Spezialisten 1529 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten angenommen.

Auf die Listen der Arbeitsämter wurden 56 Personen aufgenommen.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 1858 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 7 Hektar Territorium, 3000 Quadratmeter verschiedener Gebäude und 231 Objekte kontrolliert und 699 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 4764 humanitäre Pakete ausgegeben.

In Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch hat das Kohle- und Energieministerium der DVR Treibstoffverkauf an Tankstellen organisiert.

Nach Startschenkowo wurden 24 Falschen Flüssigas geliefert, nach Blagodatnoje 36 und nach Iwanowka 40.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser und 2 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Russlands OSZE-Vertreter: Kriegsverbrechen unter falscher Flagge als Routine-Taktik der kiewtreuen Truppen**

Kiewtreue Truppen fügen mit Unterstützung von westlichen OSZE-Mitgliedsstaaten der ukrainischen Zivilbevölkerung weiterhin Schaden zu – unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und mit dem Zweck, dies auf das russische Militär "abzuschieben". Darauf machte der ständige Vertreter Russlands bei der OSZE Alexander Lukaschewitsch am Donnerstag auf einer Sitzung des Ständigen Rates der OSZE aufmerksam. Der Text seiner Rede wurde am Freitag auf der Website des russischen Außenministeriums veröffentlicht. "Mit unmittelbarer Unterstützung des Westens verletzt das Kiewer Regime weiterhin systematisch das humanitäre Völkerrecht. Dies geschieht mit dem Ziel, der Zivilbevölkerung Schaden zuzufügen – und alles auf die Aktionen des russischen Militärs zu schieben und so die russischen Streitkräfte zu verleumden."

Der Diplomat führte für dieses Verhalten auch "einige neue Beispiele aus der letzten Woche" auf. Nach Angaben von Lukaschewitsch haben ukrainische Kämpfer den Damm des Nikolajew-Stausees in der Stadt Marganez in der Region Dnepropetrowsk mit Sprengsätzen versehen. Bei einer Sprengung würden sowohl die Stadt selbst als auch die umliegenden Dörfer und Siedlungen mit über 45.000 Einwohnern überflutet werden.

Außerdem, so Lukaschewitsch, "haben Neonazis in den oberen Stockwerken von Wohnhäusern im Dorf Raigorodok im Bezirk Kramatorsk (Gebiet der Volksrepublik Donezk, das vorübergehend von den ukrainischen Streitkräften besetzt wird) Feuerstellungen eingerichtet und Munitionslager in Kellern angelegt – und die Bürger werden gewaltsam in ihren Wohnungen festgehalten. Ähnliches wusste Lukaschewitsch auch zum Umgang der Ukraine mit Kultstätten zu berichten:

"In der Nähe, in Swjatogorsk, haben die ukrainischen Kämpfer Artilleriegeschütze und Mehrfachraketenwerfer auf dem Gelände des Klosters des heiligen Entschlafens der Gottesgebärerin aufgestellt, während sich über einhundert Zivilisten (Geistliche, Novizen, Flüchtlinge) weiterhin im Kloster aufhalten."

Neben Wohnhäusern und Kultstätten werden auch Schulen zu Objekten derartigen Umgangs der kiewtreuen Truppen:

"In Nikolajew hat die ukrainische Nationalgarde Raketenartilleriesysteme, gepanzerte Fahrzeuge und LKW mit Munition auf dem Gelände der Schulen Nr. 6 und Nr. 7 platziert, ohne die Bewohner aus den umliegenden Häusern zu evakuieren. Darüber hinaus haben die Nationalisten Feuerstellungen im Internat für gehörlose Kinder in Nikolajew sowie in allgemeinen Bildungseinrichtungen in Odessa (Schule Nr. 40), Dnepropetrowsk (Schulen Nr. 2 und Nr. 28, Internat Nr. 2), Kramatorsk (Schulen Nr. 6 und Nr. 9), Slawjansk (Schule Nr. 14), Charkow (Schulen Nr. 73 und Nr. 145, Lyzeum Nr. 161, Gymnasium Nr. 14) und anderen eingerichtet. "

Der Diplomat wies auch darauf hin, dass "in dem vom russischen Militär befreiten Gebiet in

der Region Cherson eine von ukrainischen Kämpfern eingerichtete Folterkammer entdeckt wurde. "Neben dieser Räumlichkeit befanden sich Vorrichtungen für den Konsum von Betäubungsmitteln sowie Transportkoffer von Raketensystemen aus US-Herstellung." Die Routiniertheit, mit der einerseits die ukrainischen Truppen dergestalt gegen völkerrechtliche Normen der Kriegsführung verstoßen und andererseits diese Verstöße von Kiew und den westlichen Medien und Politikern Russland in die Schuhe geschoben werden, fällt ins Auge. Damit drängt sich die Folgerung auf, dass Kiew – mit Unterstützung aus dem Westen – Kriegsverbrechen unter falscher Flagge als eine bewusste Kriegsführungstaktik umsetzt.

abends:

19:29 (18:29) novorosinform.org: **Der Stab der Territorialverteidigung der DVR hat Guterres bei einer Lüge über "Asowstal" erwischt**

Am Morgen gab UN-Generalsekretär Antonio Guterres in sozialen Netzwerken bekannt, dass mehr als 500 Menschen aus Asowstal evakuiert worden seien, was nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR keine verlässlichen Informationen sind.

Die Behörde stellte fest, dass die Information, dass mehr als 500 Menschen mit Unterstützung der Vereinten Nationen und des Roten Kreuzes von Asowstal in sichere Gebiete gebracht worden seien, eine Lüge ist.

„Diese Personen haben nichts mit ukrainischen Militanten und den Personen, die sie festhalten, zu tun. 518 Personen wurden von DVR-Spezialisten aus Wohngebieten von Mariupol an den Hilfefunkt gebracht, die Hilfe brauchten und beschlossen, in sichere Gebiete der DVR und der Russischen Föderation zu ziehen“, teilte das Hauptquartier mit.

Das Hauptquartier stellte fest, dass bis zum Abend nur 12 Zivilisten aus dem Gelände von Asowstal evakuiert worden seien, darunter 4 Kinder.



https://novorosinform.org/content/images/41/09/44109_720x405.jpg

18:38 de.rt.com: **Nach Zinswende in den USA: Aktienmärkte und Kryptowährungen im freien Fall**

Der deutsche Aktienindex hat am Freitag in Reaktion auf eine straffere Geldpolitik der US-Zentralbank seine seit Jahresbeginn stattfindende Verlustserie fortgesetzt. Der Bitcoin fiel am Donnerstag innerhalb weniger Stunden von 38.000 auf 34.000 Euro auf ein Zehnwochentief – lediglich Gold bleibt stabil.

Panik an den Aktienmärkten: Der US-Leitindex Dow Jones hat am Donnerstag den schwächsten Tag seit Oktober 2020 erlebt und auch den Kryptomarkt in die Tiefe gezogen. Nach dem höchsten Zinsschritt der US-Notenbank seit zwei Jahrzehnten von 0,5 Prozent am

Mittwoch brachen die Kurse am Donnerstag massiv ein.

Der Dow Jones verlor innerhalb weniger Stunden über 1.000 Punkte und fiel über drei Prozent unter 33.000 Zähler. Auch am Freitag scheint sich dieser Trend zu Handelsbeginn fortzusetzen.

DAX auf Tiefflug

Der Tag nach dem Zinsentscheid der Fed hat auch den deutsche Aktienmarkt in Mitleidenschaft genommen. Der Leitindex fiel am Donnerstag um 0,5 Prozent und ging mit 13.903 Punkten aus dem Handel. Die seit Jahresbeginn anhaltende Abwärtsbewegung setzte sich auch am Freitag fort: So notierte der Leitindex am späten Nachmittag zwei Prozent tiefer bei 13.600 Punkten. Für die erste Maiwoche ergibt sich daraus laut der Süddeutschen Zeitung damit ein Minus von 2,8 Prozent. Seit Jahresbeginn hat der deutsche Leitindex somit fast 15 Prozent eingebüßt.

Kryptowährungen wie Bitcoin zehn Prozent im Minus

Noch dramatischer stürzte die Krypto-Leitwährung Bitcoin am Donnerstag ab. Innerhalb weniger Stunden fiel der Kurs von 37.400 Euro auf unter 34.000 Euro. Am Freitagnachmittag wurde auch diese Grenze unterschritten – das bedeutet ein Minus von zehn Prozent in nur zwei Tagen. Ähnlich verhielt sich die zweitbeliebteste Kryptowährung: Von Donnerstagmittag bis Freitagnachmittag gab es einen herben Rücksetzer von 2.800 Euro auf unter 2.500 pro Coin.

Nur Gold bleibt stabil

Traditionell sind in Krisenzeiten Edelmetalle begehrt. So konnte Gold am Freitagnachmittag ein kleines Kursplus von 0,3 Prozent verzeichnen – die Unze kostete 1.775 Euro – lag damit aber etwa unter hundert Euro unter dem Allzeithoch vom März.

Silber verbilligte sich dagegen um 0,1 Prozent am Freitag auf 21,18 Euro pro Unze und setzt somit den leichten Abwärtstrend der letzten Wochen fort.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62752ba3b480cc42f770c095.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 6.5.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 160 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, einer wurde verletzt**. 6 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der

Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 59 ukrainische Nationalisten, einen Schützenpanzer, eine Mannschaft eines Abwehrgeschützes SU-23, 2 Panzerfahrzeuge und einen Lastwagen vernichtet. Ein Panzerfahrzeug und ein Lager mit Waffen und Munition, darunter ausländische, wurden erobert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in der letzten Woche 18 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 101 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 27. Februar 2022 griff die Sturmgruppe von Unteroffizier I.A. Nasarenko bei der Befreiung von Mariupol verdeckt und organisiert durch ein Minenfeld einen gut befestigten dauerhaften Feuerpunkt an. Trotz des verzweifelten Widerstand der Nationalisten gelang es den Mitgliedern der Sturmgruppe dank der sachkundigen und entschiedenen Handlungen von Unteroffizier I.A. Nasarenko sich festzusetzen und die Aktivitäten mit der nächsten Sturmgruppe abzustimmen. Die Gruppe führte erfolgreich die gestellte Aufgabe aus und vernichtete einen dauerhaften feindlichen Feuerpunkt, 2 Feuerpositionen und 9 Soldaten des Gegners. Dank der Handlungen von Unteroffizier I.A. Nasarenko wurde einer der Schlüsselfeuerpunkte eingenommen, was es erlaubte, die Angriffshandlungen in dieser Richtung zu entwickeln.

18:55 de.rt.com: Trotz des westlichen Drucks: OPEC hält sich weiter an die Vereinbarung mit Russland

Trotz des Drucks aus dem Westen hält die OPEC an ihrem Plan fest, die Ölproduktion schrittweise zu erhöhen. Die Ankündigung des geplanten Ölembargos der EU hatte bereits am Mittwoch zu einem Anstieg der Ölpreise geführt, der sich nach der jüngsten OPEC-Entscheidung fortsetzte.

Die Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) hält sich weiterhin an die Vereinbarung mit Russland und springt nicht für mögliche Ölengpässe im Zusammenhang mit Russlands Militäroperation in der Ukraine ein. Trotz der hohen Ölpreise beschlossen Berichten zufolge die OPEC und ihre Partnerländer einschließlich Russland (OPEC plus) am Donnerstag, die Ölförderung wie bereits geplant mäßig anzuheben. Wie im Mai sollen auch im Juni 432.000 Barrel (159 Liter je Barrel) pro Tag mehr gefördert werden.

Die Ankündigung des geplanten Ölembargos der Europäischen Union hatte bereits am Mittwoch den Ölpreis steigen lassen. Das setzte sich nun nach der OPEC-Entscheidung fort. Zeitweise erreichte der Preis der Nordseesorte Brent 112 Dollar je Barrel, der für die amerikanische Sorte West Texas Intermediate (WTI) stieg auf mehr als 110 Dollar.

Die OPEC und ihre von Russland geführten Bündnispartner stehen offenbar trotz des Krieges Seite an Seite, kommentierte die FAZ am Donnerstag. Der saudische Kronprinz Mohammad bin Salman hatte bereits erklärt, trotz des Ukraine-Krieges an der Partnerschaft mit Russland festhalten zu wollen. Die OPEC spricht den Krieg meistens auch nicht direkt an und verwendet stattdessen Bezeichnungen wie "geopolitische Spannungen in Osteuropa". Die USA haben sich in letzter Zeit vergeblich darum bemüht, Saudi-Arabien dazu zu bewegen, seine Produktion hochzufahren. Die OPEC hält sich, wie bereits angegeben, an ihren Plan zur allmählichen Steigerung der Ölfördermenge, wie er auf dem Höhepunkt der Lockdowns wegen der COVID-19-Pandemie gefasst wurde. Seinerzeit wurde die Produktion wegen eingebrochener Nachfrage stark gedrosselt.

Seit dem Vorschlag der EU-Kommission für ein Embargo auf russisches Rohöl haben die

Ölpreise zugelegt. Für zusätzlichen Auftrieb sorgt zudem die Ankündigung der US-Regierung vom Donnerstag, ab Herbst mit der Wiederbefüllung der strategischen Ölreserven zu beginnen. Sie befinden sich auf niedrigem Niveau, da die USA in den vergangenen Monaten mehrfach Erdöl in den Markt leiteten, um weiter steigende Preise abzuwenden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6274e703b480cc068875fd64.jpg>

19:00 de.rt.com: **Baltische Außenminister überraschend in die Ukraine gereist**

Die Außenminister der baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen sind nach Angaben des lettischen Außenministers Edgars Rinkēvičs am Freitag zu einem gemeinsamen Besuch in die Ukraine gereist. "Wir sind hier, um unsere Solidarität zu bekräftigen und über weitere Unterstützung zu sprechen", teilte Rinkēvičs auf Twitter mit.

Wie die estländische Regierung am Freitag in Tallinn mitteilte, werden sich die drei baltischen Chefdiplomaten im Laufe ihres vorab nicht angekündigten Aufenthaltes auch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij und dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba treffen.